

PROTOKOLL

der 6. Sitzung
vom Dienstag, 15. Juni 2004
17.00 – 19. 45 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Walter Hotz (FDP) Präsident 2004
Protokoll: Gabriele Behring (Nichtmitglied)

Stimmzählerinnen Käthi Tanner-Winzeler (SP)
Gertrud Walch (SVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 44 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Ernst Gründler (FDP)
Christian Hablützel ((SP)
Thomas Hauser (FDP)
Peter Möller (GB)
Christine Rebsamen (OeBS)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Stephan Schlatter (SVP)
Ernst Spengler (SVP)

Traktanden

- 1. Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, Leistungsauftrag Pilotabteilungen Wov, Geschäftsbericht des Stadtrates 2003** **Seite 198**
- 2. VdSR Tempo 30 Zonen in den Quartieren Hohenstoffel/ Niklausen/Ebnat, äussere Hochstrasse und Breite/Urwerf (total elf neue T-30-Zonen)** **nicht behandelt**
- 3. VdSR Schulversuch „Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steig“, Übergangslösung** **nicht behandelt**
- 4. VdSR Schulversuch „Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Hohberg“, Übergangslösung** **nicht behandelt**
- 5. VdSR Vergabe der Parzelle GB Nr. 21904 „Neutrottenstrasse“ im Baurecht an Claudia u. Andreas Ehrat, Herblingerstr. 18, Vera u. Ludwig Hirt, Krummacker 13, Heidi u. Marco Angeli, Stettemerstr. 70, 8207 Schaffhausen, und Willy Frei, Rossweidstrasse 41, 9030 Abtwil** **nicht behandelt**

6. **VdSR Vergabe der Parzelle GB Nr. 9260 „Rheinhalde“ im Umfang von 892 m2 im Baurecht** nicht behandelt
7. **VdSR vorgezogene Änderung von Artikel 42, Absatz 2, der Bauordnung der Stadt Schaffhausen** nicht behandelt
8. **INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP)
Flexibilität bei Baurechtsvergaben** nicht behandelt
9. **MOTION Mariann Keller (SP) / Lotti Winzeler (OeBS)
Konzept Alterspolitik** nicht behandelt
10. **INTERPELLATION Peter Neukomm (SP)
sh.auf – Zentralisierung als Stärkung der Gemeinden?** nicht behandelt
11. **INTERPELLATION Christoph Schlatter (SP)
Welche Auswirkungen hat das Allg. Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) auf die Gem. Schaffhausen?** nicht behandelt
12. **MOTION SPK Neubau/Sanierung Alters- und Pflegeheim Schönbühl
Finanzierung der zukünftigen Investitionen der Stadt SH** nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES

20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
18.02.03	VdSR - Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige"	SPK
10.02.04	VdSR Tempo 30 Zonen in den Quartieren Hohenstoffel/ Niklausen/Ebnat, äussere Hochstrasse und Breite/Urwerf (total elf neue T-30-Zonen)	SPK
03.03.04	INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) Flexibilität bei Baurechtsvergaben	
08.03.04	MOTION Mariann Keller (SP) / Lotti Winzeler (OeBS) Konzept Alterspolitik	
16.03.04	VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Hohberg", Übergangslösung	SPK
16.03.04	VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steig", Übergangslösung	SPK
23.03.04	INTERPELLATION Peter Neukomm (SP) sh.auf – Zentralisierung als Stärkung der Gemeinden?	
30.03.04	VdSR Gaswerk SH, Erschliessung von Stetten mit Erdgas	SPK
30.03.04	INTERPELLATION Christoph Schlatter (SP) Welche Auswirkungen hat das Allg. Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) auf die Gem. Schaffhausen?	
31.03.04	MOTION SPK Neubau/Sanierung Alters- und Pflegeheim Schönbühl Finanzierung der zukünftigen Investitionen der Stadt SH	

06.04.04	VdSR Vergabe der Parz. GB Nr. 21904 „Neutrottenstrasse“ im Baurecht an Claudia u. Andreas Ehrat, Herblingerstr. 18, Vera u. Ludwig Hirt, Krummacker 13, Heidi u. Marco Angeli, Stettermerstr. 70, 8207 SH und Willy Frei, Rossweidstr. 41, 9030 Abtwil	GPK
27.04.04	VdSR „Vergabe der Parzelle GB Nr. 9260 „Rheinhalde“ im Umfang von 892 m2 im Baurecht“	GPK
04.05.04	VdSR Abgabe einer Teilfläche des Grundstückes GB Nr. 9160 „Merishausertal“ im Baurecht	GPK
04.05.04	VdSR vorgezogene Änderung von Artikel 42, Absatz 2, der Bauordnung der Stadt Schaffhausen	
04.05.04	Gegenvorschlag SPK zur VdSR - Initiative "SH-fit - 3 vollamtliche Stadträte für die Zukunft"	SPK
11.05.04	VdSR Aktualisierung der genossenschaftlichen Baurechtsverträge durch Neuabschlüsse bzw. Nachträge	GPK

Kleine Anfragen:

16 Peter Neukomm (SP)

Auswirkungen der Taggeldkürzung (ALV)

03.06.03

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV, Geschäftsbericht des Stadtrates 2003

Der Grosse Stadtrat genehmigt in der Schlussabstimmung mit **37 : 0 Stimmen**:

- a) Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV, Jahresbericht 2003, Stadt Schaffhausen.
- b) Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und Antrag des Stadtrates.
 1. Die vorliegende Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Walter Hotz (FDP) eröffnet die Ratssitzung Nr. 6 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, des Leiters der Zentralverwaltung, Thomas Jaquet, sowie der VertreterInnen der Medien.

SR Kurt Schönberger (SVP)

Persönliche Erklärung Sofortmassnahmen Fussballstadion Breite und neues Fussballstadion *

„Von den Ausführungen von Alfons Cadario habe ich Kenntnis genommen. Ich denke, dass ich diese nicht weiter kommentieren muss, nachdem ich meine Richtigstellung bereits über die Medien veröffentlicht habe.

Dennoch liegt es mir daran, Sie auch im Rahmen einer **persönlichen Erklärung** kurz über den Stand der Dinge in Sachen „Sofortmassnahmen Fussballstadion Breite“ und „Neues Fussballstadion“ zu orientieren.

Was vorerst die „Sofortmassnahmen im Stadion Breite“ anbelangt, konnten wir mit Genugtuung feststellen, dass die Finanzierung gesichert ist. Termingemäss haben wir deshalb mit Schreiben vom 10. Juni 2004 der Swiss Football League entsprechend Meldung gemacht und mitgeteilt, dass die von uns getroffenen Massnahmen deren Anforderungen vollumfänglich erfüllen. Im selben Schreiben ersuchten wir deshalb darum, uns als Eigentümerin des Stadions, bzw. dem FC Schaffhausen als Mieter, die Bewilligung zur Austragung von Spielen in der Super League im Stadion Breite, Schaffhausen, zu erteilen. Somit haben wir den uns gesetzten Termin vom 14. Juni 2004 einhalten können. Die SPK ist bereits darüber orientiert worden.

Und nun zum zweiten Teil, dem Projekt "Neues Fussballstadion": Wie Sie wissen, befasst sich seit einiger Zeit eine SPK mit einer entsprechenden Vorlage, der sog. Machbarkeitsstudie. Diese Beratungen sind allerdings unterbrochen worden, um das Resultat der Entwicklungen mit der Firma Marazzi Generalunternehmung AG, Bern, abzuwarten.

In der Zwischenzeit haben wir von der Firma Marazzi ein Schreiben erhalten, in dem zum Entwurf einer Vereinbarung Stellung genommen wird. Es liegt mir sehr daran, auch hier und heute nochmals festzustellen, dass, entgegen anderslautenden Meldungen, die Firma Marazzi *"das Handtuch"* nicht geworfen hat. Vielmehr wird im erwähnten Brief erklärt, man sei *"unter Mitberücksichtigung bestimmter Voraussetzungen nach wie vor bereit, die der Stadt Schaffhausen in Aussicht gestellte Konzeptstudie für ein neues Fussballstadion auf eigenes Risiko hin zu erarbeiten."*

Von Seiten des Baureferates ist diese Stellungnahme verarbeitet und dem Stadtrat ein entsprechender Bericht und Antrag vorgelegt worden. Im Namen des Gesamt-Stadtrates darf ich Sie darüber orientieren, dass der SR an seiner heutigen Sitzung beschlossen hat, die Verhandlungen mit der Marazzi Generalunternehmung AG abzubrechen und die diesbezüglichen Arbeiten einzustellen, weil das durch die Marazzi AG geforderte Exklusivrecht zur Errichtung eines neuen Fussballstadions mit dem geltenden Submissionsrecht nicht vereinbar ist.

Die Firma Marazzi ist heute über diesen Beschluss informiert worden. Die Mitglieder der SPK werden in den nächsten Tagen mit dem entsprechenden Stadtrats-Beschluss bedient werden.“

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

Es sind **keine Geschäfte neu** eingegangen.

Die GPK hat die **Vorlage des Stadtrates** vom 4. Mai 2004, **Abgabe einer Teilfläche des Grundstückes GB Nr. 9160 „Merishausertal“ im Baurecht**, als **verhandlungsbereit** gemeldet. Dieses Geschäft wird an der Ratssitzung vom 29. Juni 2004 traktandiert. Sprecher der GPK ist Thomas Hauser (FDP).

Die Ratsmitglieder haben erhalten:

- ◆ **Jahresbericht 2003** der Sport- und Freizeitanlagen Schaffhausen.
- ◆ **Aktualisierte Mitgliederliste** für die Amtsdauer 2001 – 2004.
- ◆ Broschüre „**sh-auf**“ – **Für einen starken Kanton, eine starke Stadt und starke Gemeinden**, Nr. 4 vom 2. Juni 2004.

Der **Fussballmatch Sindelfingen vom 19. Juni 2004** findet nicht statt. Aufgrund der mangelnden Anzahl Fussballspieler konnte der Coach, Alfred Zollinger, keine Mannschaft zusammenstellen. Im Jahre 2005 ist ein erneuter Versuch geplant.

In der **Spezialkommission „Gaswerk Schaffhausen, Erschliessung von Stetten mit Erdgas“** wird für den verstorbenen Hans Ith neu **Stephan Schlatter (SVP)** Einsitz nehmen.

Das **Ratsprotokoll Nr. 5 vom 1. Juni 2004** ist vom Ratsbüro geprüft und genehmigt worden. Es liegt zur Einsichtnahme bei der Ratssekretärin auf.

Die **Traktandenliste** wurde rechtzeitig zugestellt und wird vom Rat gutgeheissen.

**Traktandum 1 Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen, Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV,
Geschäftsbericht des Stadtrates 2003**

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Alfred Zollinger (SVP)

Präsident GPK *

„Die Rechnung 2003 der Stadt Schaffhausen schliesst wohl besser ab als budgetiert. Es ist aber klar darauf hinzuweisen, dass mit der einmaligen Ueberführung der SASAG-Aktien in die Buchhaltung der Städt. Werke ein Buchgewinn von Fr. 2'624'900.-- in der laufenden Rechnung enthalten ist, der zur Verschönerung beigetragen hat. Diese Transaktion wurde ja bekanntlich vom Stadtrat, entgegen

dem seinerzeitigen Beschluss des Grossen Stadtrates, eigenmächtig von 2002 auf 2003 verschoben.

Die weiteren, wesentlichen Faktoren gegenüber dem Budget waren ein Mindereingang bei den Steuern von rund 4 Mio und tiefer gehaltene Abschreibungen von Fr. 875'000.--. Der Abschreibungssatz liegt mit 8,5 % unter dem vom Gemeindegesetz vorgegebenen Satz von 10 %, ist aber aufgrund der Uebergangsregelung noch zulässig. Der Personalaufwand konnte merklich unter Budget gehalten werden. Dagegen ist der Sachaufwand um rund Fr. 1,1 Mio höher als budgetiert. Anlässlich der Budgetberatung 2003 hatte der Stadtrat selbst diesen Aufwand global um 2,5 %, d.h. Fr. 790'000.--, gekürzt, wobei festgehalten worden ist, dass keine lineare, sondern eine sachbezogene Reduktion erfolgen werde. Die Ausgabendisziplin beim Sachaufwand liess aber leider zu wünschen übrig. Das Total der gesprochenen Nachtragskredite für die laufende Rechnung lag mit knapp Fr. 2,2 Mio ebenfalls über dem Durchschnitt der Vorjahre.

Mit Einnahmen von Fr. 192'959'506.47 und Ausgaben von Fr. 194'853'336.65 ergibt sich ein Aufwand-Ueberschuss von Fr. 1'893'830.18. Nach Verbuchung dieses Aufwand-Ueberschusses verbleiben im Kapital-Konto noch Fr. 539'280.67. Die Verbesserung gegenüber dem Budget beträgt Fr. 233'469.82. Das ist wenigstens zahlenmässig neben der Zinsbelastung, welche auf 0,51 % abgenommen hat, die positive Seite der Rechnung 2003.

Die übrigen Kennzahlen, wie Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungskraft und Belastbarkeitsanteil haben sich teilweise merklich verschlechtert. Die Bruttoinvestitionsquote hat sich wohl leicht erhöht. Andererseits hat die ungedeckte Schuld um rund Fr. 5 Mio auf Fr. 66 Mio zugenommen.

Zu den nach WoV-Grundsätzen geführten Abteilungen kann gesagt werden, dass diese grösstenteils die vereinbarten Leistungsziele erreicht haben. Die drei Pilotabteilungen Stadtgärtnerei, Vormundschafts- und Erbschaftsamt sowie Stadtarchiv haben besser als budgetiert abgeschnitten. Bei den beiden anderen Pilotabteilungen, Altersheim Steig und Steuerverwaltung, sind die Rechnungsergebnisse schlechter gegenüber dem Voranschlag. Kumuliert erreichen alle Pilotabteilungen zusammen ein um 1 % schlechteres Ergebnis als geplant. Die entsprechenden Abschlüsse und Jahresberichte wurden innerhalb der Verwaltung, analog der Vorjahre, im Rahmen eines Controlling-Gespräches besprochen.

Die GPK ist am 21. April 2004 mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf die Rechnung 2003 eingetreten. Danach wurden zwei Gruppen gebildet, die je einen Fragenkatalog zuhanden des Stadtrates zusammenstellten.

Am 12. Mai 2004 fand die erste Sitzung betreffend Fragenbeantwortung statt. Die "Elephantenrunde" wurde am 26. Mai durchgeführt. Alle Fragen konnten von Frau Stadträtin Heller und den übrigen Stadträten, durch Frau Johanna Theiler von der Zentralverwaltung, Alfred Stamm von der Fiko und durch den Controller, Werner Bianchi, zu unserer Zufriedenheit beantwortet werden. Deshalb hat die GPK auch erstmals auf die Zusammenkunft mit den WoV-Abteilungsleitern verzichtet. Es wurden auch keine neuen Schwerpunkte bestimmt, da die Bearbeitung der Themen "Sitzungsgelder" und "Fixe Aufträge der Stadt an Dritte für wiederkehrende

Dienstleistungen", herrührend vom Budget 2004, noch nicht ganz erledigt werden konnten.

In der Schlussabstimmung hat die GPK mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, dem Antrag des Stadtrates, siehe Seite XXV der gedruckten Rechnung, zugestimmt, d.h. die Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet, was auch für die Leistungsaufträge und Jahresberichte der fünf WoV-Pilotabteilungen gilt.

In der Zwischenzeit habe ich einen Brief der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen, datiert 11. Juni 2004, erhalten, dessen Inhalt ich wie folgt zitiere:

"Die Finanzkontrolle hat die detaillierte Revision der Jahresrechnung 2003, so wie sie dem Grossen Stadt vorgelegt wird, im Bereich Finanzbuchhaltung mehrheitlich abgeschlossen. Die separate Prüfung des Bereichs Steuern konnte aus Kapazitätsgründen erst begonnen werden.

Die bisher vorgenommenen Kontrollen geben zu keinen Beanstandungen Anlass. Allfällige Aenderungen an der Rechnung durch den Grossen Stadtrat werden wir nachprüfen.

Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird dem Sprechenden eine Kopie des Berichts zugestellt werden."

Unterzeichnet ist der Brief von Alfred Stamm, Finanzkontrolle.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen, allen WoV-Abteilungsleitern, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, den Referenten sowie der Finanzreferentin für die geleistete Arbeit sehr herzlich. Speziell will ich darin unsere Ratssekretärin, Frau Behring, sowie meine GPK-Kollegen einschliessen.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen

Treten Sie auf die Rechnung 2003 sowie die Jahresberichte der fünf WoV-Pilotabteilungen ein und stimmen Sie, gemäss Empfehlung der GPK, zu."

Alfred Zollinger (SVP)

SVP/EDU Fraktionserklärung *

„Die SVP/EDU-Fraktion wird auf die Rechnung 2003 eintreten. In der Detailberatung werden noch einige Fragen gestellt. Je nach Beantwortung ist auch mit Anträgen zu rechnen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass schlussendlich dieser Rechnung sowie den WoV-Leistungsaufträgen und Jahresberichten mehrheitlich zugestimmt wird.

Einmal mehr ist die Rechnung verschönert worden. Die "berühmten" SASAG-Aktien haben mitgeholfen, dass in der laufenden Rechnung ein besseres Ergebnis als budgetiert erzielt worden ist. Aber wir sind nach wie vor der Meinung, dass solche

Beträge für vermehrte Abschreibungen oder zur Schuldentilgung verwendet werden sollten.

Bereits seit langer Zeit ist der WoV-Steuerungsausschuss komplettiert worden. Aber passiert ist bis heute überhaupt nichts. Bereits vor einem Jahr wurde im Parlament verlangt, dass aussagekräftigere und klarere Unterlagen erstellt werden sollten. Fazit: Ohne Handeln, keine Veränderungen, d.h. kein Fortschritt! Die Finanzreferentin wird hiermit aufgefordert, sich endlich dieser Sache anzunehmen, da dies doch im Interesse aller liegt.

Erstaunt waren wir auch über die einseitige Aussage der Finanzreferentin anlässlich der Pressekonferenz zur Rechnung 2003. Ueber die letzten sechs Jahre sei die laufende Rechnung praktisch ausgeglichen, was auch stimmt. Nehmen wir aber die letzten acht Jahre, so resultiert per Saldo ein Aufwandüberschuss von 2,4 Mio Franken. Aber nichts wurde gesagt von den jeweils einmaligen Einnahmen, wie Bauges. Niklausen, Verkauf Polizeimittel, ausserordentliche Einmalsteuereinnahmen und SASAG-Aktien. Wenn wir diese Beträge zusammenrechnen, ergibt dies einmalige Einnahmen von knapp Fr. 10 Mio, mit denen jeweils die laufenden Rechnungen verschönert wurden. Und dann, Frau Stadträtin, sieht die Sache schon etwas anders aus.

Auch von der Zunahme der festen und der ungedeckten Schulden in den letzten acht Jahren wurde nichts erwähnt. Die festen Schulden wurden im Jahre 1996 mit Fr. 98,0 Mio ausgewiesen. Die ungedeckten Schulden beliefen sich damals auf Fr. 57,1 Mio.

Heute stehen wir bei Fr. 138,0 Mio feste Schulden und Fr. 66,9 Mio ungedeckte Schulden. Mit einer entsprechenden Verbuchung der Einmaleinnahmen hätte man wenigstens das Wachstum der ungedeckten Schulden grösstenteils verhindern können.

Wir erwarten in Zukunft, dass offen, und nicht nur einseitig, orientiert wird. Die laufende Rechnung ist die eine Seite, die Investitionsrechnung und die Verschuldungsveränderung die andere.

Mit der angekündigten Reduzierung der Abteilungen von 35 auf 16 ist endlich etwas Bewegung in die Verwaltungsreform gekommen. Wir werden diese Veränderung in positiv-kritischem Sinne verfolgen und sind überzeugt, dass dies der erste Ansatz zu Verbesserungen in der städt. Verwaltung ist. Selbstverständlich ist es auch uns klar, dass Wunder nicht sofort erwartet werden dürfen. Die finanzielle Seite wird sich nicht von einem Tag auf den andern verbessern. Nach diesem ersten Schritt erwarten wir weitere, vor allem hinsichtlich Ausbreitung WoV und Parlamentsreform. Handeln ist verlangt und nicht ewiges Hinausschieben.“

Peter Käppler (SP)

Fraktionserklärung SP *

„Die Behandlung der Rechnung ist, im Vergleich zum Budget, sicher weniger spannend, weil wir nur noch über das bereits ausgegebene Geld diskutieren können. Und Berge versetzen, dies hat die SN heute richtig festgestellt, werden wir wohl auch nicht.

Trotzdem war die Behandlung der Rechnung in der GPK alles andere als langweilig, zumal doch einige Punkte aufgegriffen werden konnten, welche eine genauere Betrachtung verdienten, doch dazu später.

Mit Zahlenmaterial und Details wurden Sie bereits ausführlich vom GPK-Präsidenten, Alfred Zollinger, bedient. Darauf werde ich nicht mehr eingehen.

Das relativ gute Resultat der Rechnung, dessen Defizit sozusagen im Streubereich liegt, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass der finanzielle Rahmen der Stadt überhaupt nicht rosig ist.

Die Kennzahlen der städtischen Finanzen haben sich verschlechtert. Nur dank einer straffen finanziellen Führung konnte ein noch schlimmerer Absturz verhindert werden.

Ein weiteres Indiz dafür, dass kaum mehr Luft im städtischen Haushalt ist, zeigt die Tatsache, dass es, im Gegensatz zu den Vorjahren, zwischen den Vorgaben des Budgets und dem tatsächlichen Rechnungsabschluss keine grossen Differenzen mehr gibt, und die Hoffnung, dass die Rechnung viel besser als das Budget abschliesst, war vergebens.

Aufgrund des vorliegenden Ergebnisses müssen wir uns hier im Rat jetzt schon die Frage stellen, wie es mit unserer Stadt weitergehen soll. Der eingeschlagene Weg der regelmässigen Steuersenkungen und der parallel dazu gestiegenen Verschuldung ist keine Option für die Zukunft, sondern wird schon bald zu grossen Problemen führen. Dabei sind die Investitionen momentan auf zu tiefem Niveau, denn wenn wir unsere Unterhaltsaufgaben vernachlässigen, zehrt dies an unserer baulichen Substanz und führt zu Folgen, die wir später ausbaden müssen. Zudem sind wir gefordert Investitionen zu tätigen, wenn wir die Wohn- und Lebensqualität erhöhen und Schaffhausen attraktiver machen wollen.

Wer den Abschluss nicht genaustens analysiert, könnte zum Schluss kommen, dass es gar nicht so schlimm sei. Folgende Punkte müssen aber aufhorchen lassen:

- ◆ Der Buchgewinn durch die Verschiebung der SASAG-Aktien hat den Abschluss quasi gerettet. Solche Verkäufe und Transaktionen stehen aber nicht jedes Jahr zur Verfügung.
- ◆ Auch dass die Abschreibungen auf tiefem Niveau vorgenommen wurden und nur 8.5 statt 10% betragen, ist ein Fingerzeig dafür, dass für diesen Rechnungsabschluss an die Grenzen des Möglichen gegangen wurde.
- ◆ Die steigenden Ausgaben bei den Sozialhilfekosten können von uns kaum beeinflusst werden. Eine Trendwende ist nicht abzusehen.
- ◆ Wesentlich zum erzielten Resultat beigetragen haben die gegenüber dem Budget um 3.5 Mio. tiefer gehaltenen Personalkosten. Für die Durchsetzung der Massnahmen möchte ich den Abteilungen herzlich danken.

Auch bei den Einnahmen sieht es kaum rosiger aus:

- ◆ Aufgrund der Wirtschaftslage und der Steuersenkungen stagnieren die Steuereinnahmen. Eine Verbesserung ist nicht abzusehen.

- ◆ Gebühren können nicht endlos erhöht werden, es sind letztes Jahr Mehreinnahmen von Fr. 600'000.-- geflossen. Auch hier ist die Obergrenze bald erreicht, vor allem bei den Heimtaxen müssen wir eine Pause einlegen.

Für die SP ist klar, dass weitere Steuersenkungsgelüste für den Moment zurückgestellt werden müssen. Ohne einen fairen Finanz- und Lastenausgleich, welcher der Stadt eine strukturelle Entlastung bringen würde, bestehen keine Möglichkeiten, die Einnahmen weiter zurückzudrehen.

Auf das Parlament und den Stadtrat kommen schwierige Zeiten zu. Es gilt bei der Leistungserbringung der Stadt, kostengünstige Lösungen ohne Leistungsabbau zu finden und strukturelle Schwächen der Stadt durch innovative und mutige Lösungen zu beheben.

Gestatten Sie mir, nun noch auf ein paar kritische Punkte in der Rechnung hinzuweisen, welche unserer Fraktion speziell aufgefallen sind:

Kehrichtgebühr

Der erste vollumfängliche Abschluss nach Einführung der Kehrichtgebühr zeigt auf, dass wir mit den Gebührenansätzen in einem genügenden Bereich liegen. Leider ist die Rechnung noch nicht sehr aussagekräftig, weil die mit der Verabschiedung der Gebührenvorlage im Jahre 2002 verlangte und versprochene Vollkostenrechnung immer noch nicht umgesetzt ist. Sehr erstaunt hat uns auch, dass der Einzug der Grundgebühren bei den juristischen Personen immer noch nicht umgesetzt ist. Hier erwarten wir vom Stadtrat, dass dies bald an die Hand genommen wird.

Steuereinzug

Mit der Umstellung auf die einjährige Veranlagung ist es zu einem Umsetzungsstau gekommen. Verschiedene Reklamationen von Bürgerinnen und Bürgern sind uns zu Ohren gekommen. Uns wurde vom Stadtrat versichert, dass sich die Situation langsam einpendelt und zum Normalzustand übergegangen werden kann. Wichtig hier ist auch das Controlling bei den hohen Steuerrestanzen, welches konsequent geführt und worüber die GPK regelmässig informiert wird.

Sanierungsbedarf Liegenschaften Stadt

Gestört haben wir uns daran, dass die Sanierungsarbeiten im Stadthausgeviert hinausgeschoben wurden, weil für die Signalisationsabteilung der Verkehrspolizei noch keine Lösung gefunden wurde. Wir hoffen, dass diese Lösung wirklich rasch gesucht wird, denn weder der Zustand der Häuser noch die Arbeitsbedingungen sind unserer Stadt würdig.

Rechnung der Werke

Der Abschluss ist sehr erfreulich, die Finanzlage gesund, es konnten erneut hohe Rückstellungen gemacht werden, welche wir im Auge behalten werden. Empört hat die SP-Fraktion die Idee des Stadtrates, die Tantiemen des Verwaltungsratsmandates vom Werkdirektor, der in der Erdgas Ostschweiz AG Einsitz genommen hat, nicht in die Stadtkasse abzuführen. Wir unterstützen die GPK mit ihrer Forderung nach einem Reglement, in dem diese Abgaben geregelt werden und fordern den Stadtrat auf, diesen Entscheid zu überdenken.

WoV

Die GPK hat erstmals darauf verzichtet, eine separate Sitzung mit den WoV Abteilungsleitern durchzuführen. Für mich ist dies nach wie vor ein falscher Entscheid. So mussten die Fragen auf dem schriftlichen Weg geklärt werden, was für beide Parteien nicht befriedigend war. Ohnehin komme ich zum Eindruck, dass es WoV zwar noch gibt, aber dass WoV nicht gelebt wird. Von Seiten des Stadtrates wird versichert, dass am WoV-Projekt weitergearbeitet würde, sobald der Reformschub von „sh.auf“ soweit aufgearbeitet ist, dass wieder Kapazitäten vorhanden sind. Ich kann mich mit diesem Hinhalten aber nicht anfreunden und bin der Meinung, angefangene Reformen in einem vernünftigen Zeitplan durchzuziehen oder rechtzeitig zu stoppen. Die heutige Situation bei WoV ist so für alle Beteiligten unbefriedigend.

Mit weiteren Details zum Thema WoV wird Sie nachher noch mein Fraktionskollege, Kurt Zubler, unterhalten.

Dies die Anmerkungen der SP-Fraktion zur Rechnung 2003. Wir werden auf die Rechnung eintreten und ihr zustimmen.

Erlauben Sie mir, mich dem Dank von Alfred Zollinger an den Stadtrat und die Mitarbeiter der Verwaltung für die prompte und umfangreiche Beantwortung unserer Fragen anzuschliessen. Meinen GPK-Kollegen danke ich für die gute Zusammenarbeit. Ein spezielles Lob gehört unserer neuen Sekretärin, Frau Behring, welche mit der Protokollierung unserer Rechnungsbehandlung einen Einstieg hatte, den man als Feuertaufe bezeichnen kann. Sie hat ihre Aufgabe mit Bravour gelöst.“

Theresia Derksen (CVP)

Fraktionserklärung CVP *

„Bereits bei der Debatte zum Budget 2003 haben wir zu bedenken gegeben, dass die budgetierten Steuererträge angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu optimistisch angesetzt worden seien. Dies hat sich nun bewahrheitet, gingen doch an Einkommens- und Vermögenssteuern mehr als 5 Millionen Franken weniger als budgetiert ein. Auch die Einnahmen durch Nach- und Strafsteuern wurden zu tief budgetiert. In der Rechnung sind keine Debitoren zu finden. Dass der Betrag der ausstehenden Steuern über 18 Millionen Franken beträgt, kann man im Geschäftsbericht des Stadtrates nachlesen. Dort muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass infolge Uneinbringlichkeit eine halbe Million abgeschrieben werden musste.

Ebenfalls beim Eintreten auf den Voranschlag 2003 haben wir darauf hingewiesen, dass weitere Sparanstrengungen nötig seien. Wenn die Produktivität der Verwaltung auch verbesserungsfähig sei, so habe dies kaum mit Fleiss zu tun, der beim Personal der öffentlichen Hand mindestens im gleichen Ausmass wie in der sog. „privaten Wirtschaft“ vorhanden sei. An dieser Stelle möchte ich deshalb seitens der CVP allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit danken.

Zu überdenken sind aber nach wie vor Verwaltungsstrukturen, Prozesse und Dienstleistungen. Wenn auch die Rechnung 2003 gegenüber dem Budget leicht besser abschliesst, so war das nur dank weniger Abschreibungen sowie der

Überführung der SASAG-Aktien möglich. Ähnliche Buchungen haben schon in früheren Jahren das prognostizierte Resultat der Rechnungen verbessert.

Mit Besorgnis mussten wir die wiederum deutlich gestiegenen Ausgaben im Sozialbereich zur Kenntnis nehmen.

Erfreulich ist, dass bei den WoV-Pilotabteilungen die vereinbarten Leistungsziele grösstenteils erreicht werden konnten, insbesondere die Stadtgärtnerei hat wiederum gut gearbeitet.

Erlauben Sie mir aber einige Bemerkungen zum WoV-Prozess:

Wir mussten feststellen, dass der WoV-Steuerungsausschuss, seit dem Parlamentsentscheid zur Gesamteinführung vom 17. September 2002, noch nicht wieder zusammengekommen ist. Dabei sollte dieser Ausschuss doch mitreden können, wie rasch oder wie detailliert dieser Prozess vorangehen sollte. Im Juni 2003 hatte der Stadtrat von einer voraussichtlichen Zusammenkunft im Herbst 2003 gesprochen. Man hoffte, bis dann die ersten konkreten Konzepte für die Umsetzung der Einführung vorlegen zu können.

Tatsache ist, dass der WoV-Steuerungsausschuss im Januar 2004 auf acht Mitglieder aufgestockt wurde, mit dem Versprechen des Stadtrates, zusammen mit dem Projektleitungs-Ausschuss für die Gesamteinführung der Reform WoV in der Verwaltung, eine gemeinsame Sitzung durchzuführen und ein Pflichtenheft für die künftige Arbeit des Ausschusses vorzulegen. Nach Ansicht des Stadtrates sollte der Ausschuss zwei Felder bearbeiten. Er sollte die Begleitung der Reform von WoV in der Verwaltung und auch die Steuerung der Parlamentsreform sicherstellen, welche mit der Einführung von WoV einher geht. Man ging davon aus, dass der Projektleitungs-Ausschuss, zusammen mit den gewählten Mitgliedern des WoV-Steuerungsausschusses, noch vor den Frühjahrsferien zu einer Startsitung zusammentreten könnte. Dem war offensichtlich nicht so. Die Abschlüsse und Jahresberichte der fünf Pilotabteilungen wurden im Rahmen eines Controlling-Gesprächs besprochen. Da stellt sich die Frage, ob zu diesen Gesprächen nicht auch der WoV-Steuerungsausschuss, wie vielleicht auch die GPK, hätte eingeladen werden können. Bei diesen Gesprächen hätte der WoV-Steuerungsausschuss sicher auch viel Informatives erfahren können, das wertvoll für seine Arbeit gewesen wäre. Es geht ja auch darum, dass die Umsetzung von WoV nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis Erfolg haben sollte. Zum besseren Verständnis gehört dazu, auch zu hören, wie die Umsetzung in der Praxis gelingt, oder wo es Schwierigkeiten gibt. Solche Erfahrungen macht man auch bereits im Pilotprozess.

Im übrigen hat der GPK-Präsident, Alfred Zollinger, ausführlich über das Resultat der Rechnung berichtet, wofür wir herzlich danken. Die CVP wird auf die Rechnung 2003 der Einwohnergemeinde sowie der fünf WoV-Pilotabteilungen eintreten und ihr zustimmen.“

Bernhard Egli (OeBS)

Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

„Die Rechnung der Stadt Schaffhausen ist unerfreulich ausgefallen. Die vermeintliche Verbesserung gegenüber dem Budget ist nur aufgrund des Verkaufes der SASAG-

Aktien zustande gekommen, sowie durch geringere Abschreibungen, welche unter dem vom Gemeindegesetz vorgeschriebenen Satz von 10% liegen. Ein Hauptgrund ist der Einbruch bei den Steuereinnahmen von rund Fr. 5 Mio. Dass die Steuereingänge zurückgehen, wenn der Steuerfuss gesenkt wird, ist eine banale Weisheit, die eigentlich niemanden überraschen sollte, auch die SVP/EDU nicht.

Hier passt auch die Feststellung, dass mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen - entgegen damals lauthalser Behauptungen - keine Zunahme von wohlhabenden Zuzüglern festgestellt werden konnte.

Die starke Zunahme der Zahlungen der Gemeinden an AHV und IV wurden früher durch die Erträge der Erbschaftssteuer abgedeckt.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist bedenklich tief gesunken. Negativ festzustellen ist auch, dass der Sachaufwand in der Rechnung 2003 zugenommen hat. Vielleicht wurde hier vorausschauend ein Polster angelegt, um die pauschale Kürzung von 3%, welche mit dem Budget 2004 beschlossen wurde, zu kompensieren. Das ist nicht ernst gemeint, war doch zur Zeit des fragwürdigen Parlamentsentscheides das Rechnungsjahr 2003 schon fast passé.

Um etwas herauszugreifen: WoV-Betrieb Steuerverwaltung. Das Steuersoll wird seit Jahren immer schlimmer, es sind knapp Fr. 103 Mio ausstehend. Was die Steuern der natürlichen Personen betrifft, sind lediglich 60% definitiv veranlagt. 3'000 Steuerpflichtige warten gar noch auf die Veranlagung 2001. Da könnte man die Kantonalisierung des Steuerwesens als Lichtblick bewerten.

Trotz allem wird die OeBS/EVP/GB-Fraktion auf die Rechnung 2003 der Einwohnergemeinde und den Jahresbericht 2003 der fünf WoV-Pilotabteilungen eintreten, ihr zustimmen und das Referendum nicht ergreifen.

Den Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung möchten wir für ihre gute Arbeit im vergangenen Jahr unseren Dank aussprechen.“

Edgar Mittler (FDP)

Fraktionserklärung FDP *

„Ich spreche in Vertretung unserer beiden Mitglieder der GPK, Thomas Hauser und Ernst Gründler, die sich heute leider entschuldigen mussten, und kann Ihnen mitteilen, dass die FDP-Fraktion auf die Rechnung eintreten und ihr zustimmen wird.

Wie bereits in den letzten Jahren zur Tradition geworden, schliesst die Rechnung besser ab als das Budget. Das erzielte Defizit liegt im Streubereich, sind doch rund 1 Mio. Fr. Mehrertrag, allerdings auch Fr. 760'000.- Mehraufwand, erzielt worden. Wesentlich zum besseren Ergebnis beigetragen hat einmal mehr eine ausserordentliche Einnahme, nämlich der Verkauf der SASAG-Aktien aus dem städtischen Besitz an die Städtischen Werke.

Mit Besorgnis betrachten wir das Kapitel "Finanzierung der Abfallentsorgung". Die erstmalige Erhebung einer Grundgebühr hat in der Bevölkerung zu einer Welle der Empörung geführt, es musste sogar während ein paar Tagen ein Sorgentelefon eingerichtet werden. Dass der Einzug der Grundgebühr in einer Fülle von Mahnungen endet, und dass die Grundgebühr von Gewerbe und Industrie noch gar

nie erhoben wurde, weil offenbar die Grundlagen für die Verrechnung fehlen, ist für uns absolut unverständlich und unmöglich. Hier wäre interessant zu wissen, wieviele Gebühren von Privaten noch nicht bezahlt wurden, und auf wie hoch sich der noch nicht in Rechnung gestellte Betrag von Gewerbe und Industrie beläuft. Hier fehlte es offensichtlich an einer umfassenden Orientierung der Bevölkerung und an einer genügenden Vorbereitung für den Einzug.

Einmal mehr gab das Thema Steuern, insbesondere die Steuerrestanzen, d.h. die Verbuchung, oder eben besser gesagt "Nicht-Verbuchung", und die Art der Darstellung in der Rechnung in der Fraktion zu grossen Diskussionen Anlass. Wie im Geschäftsbericht, Seite 28, dargestellt, verfügte die Stadt Schaffhausen per Ende letzten Jahres über Steuerrestanzen von rund 18,2 Mio. Franken.

Wie ich bereits einige Male ausgeführt habe, sind diese Steuerrestanzen Debitoren und sollten in der Jahresrechnung auch als Debitoren, d.h. als Guthaben, ausgewiesen werden. Warum in aller Welt ist das, was in den anderen Gemeinden – in der Industrie ja sowieso - seit Jahren Usus ist, in der Stadt Schaffhausen nicht möglich? Nachdem die Finanzreferentin es nun während Jahren verpasst hat, mindestens einmal abklären zu lassen, was ein solcher Systemwechsel für Konsequenzen hätte, wird unsere Fraktion in dieser Angelegenheit mit einer Motion für Wahrheit und Klarheit in der Buchhaltung der Stadt Schaffhausen sorgen.

Unerfreulich ist die stetige Steigerung der Ausgaben im Sozialhilfebereich. Vor allem die massiven Ueberschreitungen der Vorgaben im Budget geben zu denken. Wann und wie kann dieser Entwicklung oder Dynamik, wie es im Kommentar auf Seite 31 heisst, Einhalt geboten werden? Wenn uns in diesem Sektor die Kosten derart davonrennen, sind bei andern Positionen, ob man will oder nicht, Sparmassnahmen - oder mindestens Sparbemühungen für Minderausgaben - angezeigt. Dieser Auftrag muss uns auch sonst begleiten, wenn wir die Stadt finanziell attraktiv gestalten und dringend nötige Investitionen (Turnhallen, Kindergärten etc.) auslösen wollen, so wie wir das in unserer Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“ seit drei Jahren fordern.

Ebenfalls zu grösseren Diskussionen führten die WoV-Berichte, respektive ihre Darstellung. Mein Fraktionskollege, Martin Egger, wird Sie bei der Behandlung der WoV-Jahresberichte, wenn ich die gleiche Wortwahl wie Peter Käppler treffe, unterhalten.

Wir empfanden den von der Jahresrechnung in einem separaten Buch zusammengefassten Bericht und Kommentar als sehr umständlich, vor allem das Hin- und Herblättern gestaltete sich aufwändig. Zusätzlich kam noch ein weiteres Buch mit der Jahresbericht der fünf WoV-Pilotabteilungen dazu. Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob nicht wieder auf die bisherige Form „alles aus einer Hand“, respektive „aus einem Buch“, zurückgekommen werden könnte.

Gewürdigt wurde an der Fraktionssitzung von unseren GPK-Mitgliedern die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat bei der Beantwortung der Fragenkataloge und mit der neuen Ratssekretärin, Frau Behring. So danke ich im Namen der FDP-Fraktion dem Stadtrat, den städtischen Verwaltungsabteilungen, den Werken und Betrieben für die geleistete Arbeit im vergangenen Rechnungsjahr. Ich halte abschliessend nochmals fest, dass wir auf die Rechnung eintreten und uns in der Detailberatung zu gewissen Positionen und zum Geschäftsbericht nochmals melden werden.“

Hans Peter Huber (SVP)**Votum ***

„Die finanzielle Lage der Stadt Schaffhausen gibt, meiner Meinung nach, absolut keinen Anlass zu Friede, Freude, Eierkuchen. Im Gegenteil: Was uns heute präsentiert wird, erfüllt uns mit allergrösster Sorge. So kann und darf es nicht weitergehen. Es sind Mittel und Wege zu suchen, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen können. Einen Ansatz dazu bildet bekanntlich die vom Grossen Stadtrat am 15. Januar 2002 erheblich erklärte Motion von Peter Wullschleger, „Gesunde und attraktive Finanzen“. Die Frist, um dem Grossen Stadtrat den entsprechenden Bericht und Antrag vorzulegen, ist nicht mehr sehr fern. Angesichts der besorgniserregenden finanziellen Lage der Stadt hätten wir gehofft, ja sogar gewünscht, dass für die Vorlage nicht die gesamte Dauer von drei Jahren ausgeschöpft wird. In diesem Sinne fordern wir den Stadtrat auf, uns diesen Bericht so schnell wie möglich zu unterbreiten. Andernfalls müssten wir mit einem neuen Vorstoss für Klarheit sorgen.

Die Steuereinnahmen waren rückläufig und massiv unter dem Voranschlag. Da sich der sog. Aufschwung leider weiterhin und hartnäckig versteckt hält, so wage ich die Prognose, dass auf der Einnahmenseite keine grosse Steigerung zu erwarten sein wird. Ich meine, es ist endlich an der Zeit, dass wir lernen müssen, dass es viel einfacher ist, einen Franken weniger auszugeben als einen Franken mehr einzunehmen, auch wenn damit allenfalls ein Leistungsabbau verbunden ist.

Bei den Investitionen dürfen und können wir nicht noch mehr zurückfahren. Sie alle wissen, wieviele Renovationen und auch Neubauten im Hoch- und Tiefbau anstehen. Hier würden wir am falschen Ort sparen, denn aufgeschoben ist bekanntlich nicht aufgehoben.

Die Rechnung 2003 schliesst um Fr. 875'000.-- gegenüber Budget besser ab, im Voranschlag war ein Minus von Fr. 2'127'000.--. Dies wurde vor allem erreicht, weil die Abschreibungen reduziert wurden und durch die einmalige Überführung der SASAG-Aktien in die Buchhaltung der städtischen Werke, was einen Buchgewinn von Fr. 2'624'900.-- möglich machte. Dies ist schon wieder eine einmalige Einnahme der Stadt, die der laufenden Rechnung zugeführt wurde, was ich als nicht richtig erachte.

Ein Teil der SVP/EDU ist der Ansicht, dass alle laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden müssen. Diese Auflösung von Aktiven muss zur Schuldentilgung verwendet werden. Sie darf nicht in die laufende Rechnung eingebracht werden, da sonst die Aktiven der Stadt abnehmen. Bei einem Betrieb würde man sagen: „Er lebt von der Substanz“. Ich bin mir bewusst, dass dadurch die finanzielle Lage der Stadt Schaffhausen nicht verbessert wird, das Minus wird grösser und das Kapitalkonto fällt ins Minus. Aber die Rechnung 2003 und die finanzielle Situation der Stadt Schaffhausen werden transparenter.

Ich werde auch auf die Vorlage eintreten, aber in der Detailberatung den entsprechenden Antrag stellen, die Fr. 2,6 Mio zur Schuldentilgung zu verwenden. Sollte dieser Antrag nicht angenommen werden, wird ein Teil der SVP/EDU-Fraktion der Rechnung 2003 nicht zustimmen.“

SR Veronika Heller**Stellungnahme**

„Ich habe wie Methusalem das Gefühl, seit Jahrzehnten im Amt zu sein, dabei sind es erst sechs Jahre.

Die Investitionen der letzten drei Jahre belaufen sich auf über Fr. 30 Mio brutto. Demgegenüber steht auch ein Gegenwert, allerdings nicht immer in der gleichen Grössenordnung und mit der gleichen Eigenfinanzierung. Die Auswirkungen der stagnierenden Wirtschaftslage in den neunziger Jahren spüren wir bis heute. Der erwartete Konjunkturaufschwung fand nicht statt. Der Stadtrat ist auch nicht sehr begeistert vom Abschluss der Rechnung 2003. Es ist offensichtlich, dass nur durch gezielte Massnahmen eine Verbesserung möglich ist.

Das Eigenkapital ist sehr bescheiden, aber positiv. Reserven für „schlechtere Zeiten“ anhäufen steht dem Stadtrat – und auch dem Kanton - nicht zu. Der Stadtrat hat sich während der ganzen Rezession – richtigerweise - antizyklisch verhalten, was dem Schaffhauser Gewerbe zugute kam. Die für einen Ausgleich dringend benötigte wirtschaftliche Erholungsphase fand nicht statt.

Die Zahlen der Rechnung 2003 werde ich nicht detailliert kommentieren. Verschiedene Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits ausführlich dazu Stellung genommen.

Bei den Investitionen erscheint mir wichtig, Sie nochmals darauf hinzuweisen, dass insgesamt ein Betrag von Fr. 9 Mio für die Kläranlage Röti (Fr. 3,3 Mio), die Doppelkindergärten Kessel (Fr. 1,1 Mio), das Schulhaus Steig (Fr. 625'000.--), für den KSD-Anteil (Fr. 855'000.--), das Buszentrum (Fr. 1,49 Mio) und den Fischerhäuserberg/Güterhof (Fr. 1,6 Mio) ausgegeben wurde. Es hätte sehr schwer auf eine dieser Investitionen verzichtet werden können.

Es ist allgemein bekannt, dass die Zukunftsperspektiven nicht rosig sind und eine Beeinflussung der vielschichtigen Gründe - wie das folgende Beispiel zeigt – meistens nicht in unseren Händen liegt:

Der soeben aus spartechnischen Gründen getroffene Bundesratsentscheid, die Rückerstattung der Mineralölsteuer zu streichen, bedeutet für das Budget 2005 der Verkehrsbetriebe eine Mindereinnahme von Fr. 600'000.--.

Der Stadtrat steckt auf allen Ebenen im Reformprozess. Projekte wie „sh.auf“ binden nicht nur Ressourcen in der Exekutive, sondern bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich dafür einsetzen, die Interessen der Stadt wahrzunehmen. „sh.auf“ plädiert für einen starken Kanton, eine starke Stadt und starke Gemeinden, was grundsätzlich ein Ja zum Föderalismus, der Subsidiarität und der Gemeindeautonomie bedeutet. Die Stadt ist eine leistungsfähige Gemeinde und soll es auch bleiben. Dafür setzt sich der Stadtrat auch in Zukunft mit aller Kraft ein.

Das zur Zeit vom Kanton angestrebte Reformvorhaben bedeutet unseres Erachtens allerdings, dass zuerst eine grundsätzliche, staatspolitische Entscheidung über die Frage, ob wir weiterhin das in der Bundesverfassung verankerte, staatspolitische Gebilde wählen, gefällt werden müsste.

Sie alle sind darüber informiert, dass der Stadtrat gleichzeitig seine eigene Verwaltungsreform vorantreibt. Dies ist mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen ein schwieriges, zeitintensives Unterfangen und auch der Grund für gewisse Verzögerungen.

Ich komme kurz zur Frage der Gestaltung und Darstellung der Jahresrechnung WoV: Sie wird geändert und der Erscheinungsform des Kantons angepasst. Es sind keine Übergangslösungen geplant.

Da WoV während der Eintretensdebatte immer wieder erwähnt wurde, möchte ich Ihnen die Antwort an die GPK vom 12.05.2004 zum Stand WoV vorlesen:

Das Schwergewicht lag beim Aufbau der neuen Führungs- und Aufgabenstruktur. Dabei wurde darauf geachtet, dass auch die Bedürfnisse der WoV erfüllt werden können. Zur Zeit erfolgen die Vorbereitungen für die Umsetzung mit den Bereichsleitungen. Dabei werden u.a. in allen Bereichen die Produktgruppen bestimmt werden, weil soweit wie möglich der Grundsatz: "Produktgruppen = Abteilung = Kostenstelle" umgesetzt werden soll.

Um zu verhindern, dass die Einführung der WoV bei der Software mit Übergangslösungen arbeiten muss (wie im Pilotbetrieb), muss zuerst die "Infrastruktur" bereitgestellt werden.

Parallel sind wir zusammen mit dem Kanton daran, Pflichtenhefte für eine Zeit- und Leistungserfassung und für das Berichtswesen zu erstellen.

Für die Kosten-/Leistungsrechnung hat der Stadtrat im April das Grobkonzept verabschiedet, zur Zeit wird das Detailkonzept erarbeitet.

Ein auf den momentanen Kenntnissen aufgebauter Zeitplan zeigt, dass der eigentliche Start mit weiteren WoV-Abteilungen mit der Budgetierung im Mai 2006 für den Voranschlag 2007 realistisch ist, wobei die eigentlichen Vorbereitungen dazu im 3. Q.05 beginnen werden.

Im 3. Quartal 04 ist eine Information des WoV-Steuerausschusses geplant.

Der Stadtrat hat am 15.06.04 beschlossen, den Steuerungsausschuss des neuen Parlaments anfangs 2005 zu informieren.

Zum Thema aus der SVP-Fraktion, Conti 318:

Siehe Liste der Gesamtüberschreitung mit entsprechender Begründung auf der nächsten Seite dieses Protokolls.

Beilage zu Ratsprotokoll Nr. 6/15. Juni 2004					
Konto	Beschreibung	Aufwand 2003	Budget 2003	Kreditüber.	Begründung
		Fr.	Fr.	Fr.	NK = Nachtragskredit
0201.318.009	Steuerverw., Betriebskosten	150'700.00	82'900.00	67'800.00	WOV-Abteilung
0259.318.503	Bausekretariat, Grudbuchgeb.	50'500.00	19'500.00	31'000.00	NK: Mehrkost.wegen Baurechtsvergaben/-anpassungen
0290.318.113	Internet, Homepage	56'900.00	24'400.00	32'500.00	NK: Übernahme Web-Sites auf KSD
0290.318.117	Internet, grafische Erneuerung	26'800.00	-	26'800.00	NK: Grafische Erneuerung, Verbesserung Navigation
0290.318.213	sh.auf, Zentrumslasten und -nutzen	59'900.00	-	59'900.00	NK: Vorstudie+Anteil Stadt an Hauptstudie,
1010.318.218	Zivilstandsamt, Auslagen 4.Qu.2003	150'700.00	-	150'700.00	Ausgleich durch Kanton (s.Kto. 1020.451.006)
1030.318.000	Vormundsch./Erbsch.,Entschäd.Dr.	62'400.00	45'800.00	16'600.00	WOV-Abteilung
1030.318.200	Vormundsch./Erbsch.,Auftr.Dritter	114'000.00	75'100.00	38'900.00	"
2195.318.209	Allg.Erziehungsw.,Projektierungen	312'100.00	160'700.00	151'400.00	NK GSR: Einführung musikalische Grundschulung
3010.318.000	Museum, Entschädig.Dienstl.Dritter	95'700.00	48'800.00	46'900.00	NK: Direktionsvakanz
5704.318.000	Alterh.Wiesli, Entsch.Dienstl.Dritter	95'300.00	8'300.00	87'000.00	NK: Interimsheimleitung
7201.318.007	Kehricht, Porti-+Zustellkosten	11'200.00	-	11'200.00	Kosten anl. Umstellung auf Grundgebühr
7201.318.513	", Einführung neue Kehrichtverord.	23'400.00	-	23'400.00	NK: Mehrko gegenüber Schätzung 01, Abfall-Info-Telef.
7201.318.514	", Kommission Verkaufstellen	162'400.00	-	162'400.00	Kosten anl. Umstellung auf Sackgebühr
				906'500.00	
Pos.318	Einsparung bei anderen Konten			-506'500.00	
Pos.318	Gesamtüberschreitung			400'000.00	

Zum Thema Steuerrestanzen:

Es gibt echte und unechte Restanzen. Diverse Abklärungen haben ergeben, dass Systemänderungen keinen Sinn und vor allem keinen erweiterten finanziellen Spielraum ergeben.

Zum Thema Sozialbereich:

Bestrebungen zum Einschränken der Ausgaben sind in Angriff genommen. Im Bereich Prävention wird viel unternommen, was natürlich schwer nachweisbar ist.

Schlussbemerkung:

Mein Dank geht an den GPK-Präsidenten und die GPK-Mitglieder für die gute, sachliche Zusammenarbeit sowie an die neue Ratssekretärin, Frau Behring, für das Erstellen der Protokolle.

Ich bitte Sie im Namen des Stadtrates, auf die Rechnung einzutreten, ihr zuzustimmen und den Stadtrat in seinen Bestrebungen weiterhin zu unterstützen.“

Edgar Mittler (FDP)

Votum

stellt fest, dass der Leiter der Steuerverwaltung ihn von der Motivation und der Qualität seiner Mitarbeiter überzeugen konnte. Edgar Mittler wurde allerdings auch in seiner Meinung, dass andere Gemeinden offenbar ihre Steuerprobleme mit der Debitoren-Verbuchung effizienter lösen können, von diesem unterstützt.

SR Veronika Heller

Votum

hält dem entgegen, dass im Grossen Stadtrat das Resultat einer anderen Verbuchungsart schon mehrmals diskutiert wurde und dass dadurch trotzdem kein zusätzlicher finanzieller Spielraum entstehen würde.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde,

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV – Jahresbericht 2003

Rolf Amstad (SP), 1. Vizepräsident, verliest die Seitenzahlen.

Kurt Zubler (SP)

Votum

Der Votant weist darauf hin, dass der erneute Versuch, den WoV-Jahresbericht zu verstehen, das heisst, der durch WoV ans Parlament gestellten Aufgabe gerecht zu werden, sich als mühsam bis unmöglich erwiesen hatte. Dies betrifft nicht alle WoV-Pilotabteilungen. Der Bericht der Stadtgärtnerei, zum Beispiel, erfüllt die Anforderung einer optimalen Beurteilung. K. Zubler kritisiert die Qualitätsbeurteilung durch OptiHeim beim Altersheim Steig, die nur schwer verständlich oder irreführend ist. Wenn vier der fünf OptiHeim-geprüften Aspekte Unterqualität aufweisen, müssen eine entsprechende Beurteilung, vor allem aber entsprechende Massnahmen, aufgeführt werden. Wenn dies nicht der Fall ist, kann ein Parlamentarier, dessen Auftrag darin besteht, Steuerungsaufgaben zu übernehmen, seine Pflicht nicht

erfüllen. Kurt Zubler kritisiert ebenso die Tatsache, dass für das Altersheim Steig trotz schlechterem Resultat eine Fondseinlage von rund Fr. 6'500.-- beschlossen wurde. Der Votant äussert sich abschliessend positiv über die von SR Veronika Heller in Aussicht gestellte Verbesserung der WoV-Jahresberichte.

Martin Egger (FDP)

Votum *

„Meine Voten gehen in ähnliche Richtung wie diejenigen meiner Vorredner. Als erstes danke ich den Verantwortlichen der fünf WoV-Pilotabteilungen. Sie hatten auch dieses Jahr wiederum einen Mehraufwand zu leisten, indem sie eine Jahresrechnung nach der konventionellen Finanzbuchhaltung zu erstellen hatten. Zusätzlich mussten (oder durften?) sie auch einen Jahresbericht mit den Ergebnissen nach Produktgruppen und dem Zielerreichungsgrad der im Leistungsvertrag vereinbarten Vorgaben erstellen.

Mit Freude durften wir aus diesem Jahresbericht entnehmen, dass die Pilotabteilungen Stadtarchiv, Stadtgärtnerei / Friedhofsverwaltung, Vormundschafts- und Erbschaftsamt und das Steueramt mit einem besseren Kostendeckungsgrad als budgetiert abschlossen. Lediglich das Alterheim Steig wies ein schlechteres Ergebnis aus als im Voranschlag vorgesehen. Das kumulierte Ergebnis darf mit einer Abweichung von 1% als Ziellandung gewertet werden.

Von den Zahlen her gesehen "Soweit so gut"! Eigentlich könnten wir den Jahresbericht ohne grosse Diskussion zur Kenntnis nehmen und beiseite legen. Doch bei der fraktionsinternen Besprechung des vorliegenden Berichtes kamen eine Menge Fragen auf. Wie z.B.:

- *In der Produktgruppe "Verpflegung"*: Leistungsindikator Anzahl Reklamationen: 124 Reklamationen auf 86'175 Mahlzeiten. Ist das viel oder ist das wenig? Ist das ein luxuriöser Standard, oder ist das knapp an der Grenze des Erträglichen? Natürlich bin ich mir bewusst, dass das eine sehr persönliche Auslegung sein kann.
- *In der Produktgruppe "Archivierung"*: Leistungsindikator Dossiererschliessung: Standard (Soll) 3'000 für das Jahr 2003, Ist im Jahr 2003 7'568 = Abweichung von +127%. Verdankenswert ist die grossartige Leistung. Aber ist der Leistungsindikator richtig definiert?
- *In der Produktgruppe "Gärtnerei"*: Leistungsindikator Positive Bewertung durch Pro City und Einwohnerverein: Standard > 75%, Ist 90%. Wieviel Befragte sind diese 90%? Wird da zuviel für Blumen- und Pflanzenschmuck aufgewandt oder ist das wenig?
- *In der Produktgruppe "Steuern natürliche Personen"*: Leistungsindikator Anzahl definitive Veranlagungen: Der Standard beträgt 75%, Ist 60%. Wie ist die Beurteilung und welches sind die Massnahmen, um das Leistungsziel zu erreichen? Was sind die allfälligen Konsequenzen?
- *In der Produktgruppe "Interne Arbeiten"*: Leistungsindikator Zeiterfassung: Vollständigkeit der Erfassung. Was heisst das genau? Was gibt es für uns Parlamentarier für Steuerungsmöglichkeiten?

Dies sind alles Fragen, auf die ich, als Mitglied des WoV-Steuerungsausschusses, meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen gerne eine Antwort gegeben hätte. Aber ich konnte es nicht.

Blenden wir kurz zurück: Im Mai 2003 hat der Stadtrat den Zwischenbericht zur Gesamteinführung WoV dem Grossen Stadtrat vorgelegt. Im Juni 2003 wurde die Kleine Anfrage von Theresia Derksen zum WoV-Steuerungsausschuss vom SR beantwortet. Seither ist bereits ein Jahr vergangen, ohne dass wir wieder etwas zum Fortschritt des WoV-Projekts gehört haben, abgesehen von der Wahl in den WoV-Steuerungsausschuss von anfangs 2004. Es ist uns bewusst, dass die verschiedenen Projekte „sh-auf“, Parlamentsreform und Neuorganisation der Leistungsbereiche in einem engen Bezug mit der flächendeckenden Einführung von WoV stehen. Aber wie sollen wir als Parlamentarier unserer Aufsichtspflicht nachkommen, wenn wir als Mitglieder des Steuerungsausschusses keine Antwort auf einfache Fragen geben können? Wie wollen wir den Jahresbericht als Instrument der Steuerung und Beurteilung der Leistungen verwenden, wenn wir nicht wissen, welche Überlegungen hinter den einzelnen Leistungen und Indikatoren stehen?

Es macht keinen grossen Sinn mehr, weiter über den Jahresbericht 2003 zu diskutieren. Das Budget 2005 steht bereits vor der Tür. Damit wir unserem Auftrag nachkommen und die heutige Situation verbessern können, sehen wir einen dringenden Handlungsbedarf. Darum stelle ich folgende Fragen an die Verantwortlichen des Projektleitungsausschusses:

1. Wie sieht der weitere Fahrplan zur Gesamteinführung WoV aus?
2. Wann wird der WoV-Steuerungsausschuss einberufen?

Der FDP/CVP Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass WoV möglichst bald über die gesamte Stadtverwaltung eingeführt werden kann. Damit wir als Parlamentarier - im speziellen als Mitglied des Steuerungsausschusses - überhaupt unseren Auftrag erfüllen und unsere Vorstellungen in die Umsetzung und Lenkung einfliessen lassen können, erachten wir es als äusserst wichtig, dass der nun breit abgestützte Steuerungsausschuss frühzeitig miteinbezogen wird. Denn nur in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der WoV-Organisationen und der gemeinsamen Erarbeitung der Führungsinstrumente erreichen wir die nötige Qualität, um dieses wichtige Projekt auch erfolgreich umsetzen zu können. In diesem Sinne fordere ich Sie auf: Holen Sie uns mit auf das WoV-Boot!

Ich freue mich auf die Antwort und die erste Einladung, um die anstehenden, spannenden Aufgaben angehen zu können.“

Ernst Spengler (SVP)

Votum

Stellt in seinen Ausführungen fest, dass der Jahresbericht des Altersheim Steig massiv schlechter als budgetiert ist. Der Votant bittet den Heimreferenten, SR Urs Hunziker, um eine Erklärung.

Lotti Winzeler (OeBS)

Votum *

„Beim Altersheim Steig, Produktegruppe 02 Pflege, wird auf Seite 11, unter Bemerkungen, festgehalten, dass die Einnahmen 17% tiefer als budgetiert sind.

Nebst einer geringeren Einnahme durch die Hilflosenentschädigung und einer Reduktion des Kantonsbeitrages, wurde als weiterer Grund der geschätzte Pflegeaufwand, vor allem in den Pensionärszimmern, höher eingeschätzt als tatsächlich eingetroffen.

Im nächsten Abschnitt, bei der Beurteilung und Massnahmen, wird unter anderem aufgeführt, dass die Ablehnung des Stadtrates bezüglich des geplanten Pflege- und Betreuungskonzeptes einen grossen Einfluss auf die Einnahmen der Pflege hat.

Ich kann nicht nachvollziehen, wieso sich der Stadtrat hier gegen ein Pflege- und Betreuungskonzept der Leitung des Altersheims Steig entscheidet. Hat ein WoV-Betrieb so wenig unternehmerischen Handlungsspielraum und Freiräume? Wenn ich einen Vergleich mit den Zielen von WoV und dem Entscheid des Stadtrates ziehe, muss ich sagen, dass der Kulturwandel, den WoV mit sich bringen soll, nicht stattfindet.

Ich zitiere den Stadtrat, der unter anderem in der Vorlage zur Gesamteinführung von WoV bei den Zielen schreibt:

- ◆ *Dank WoV soll das Angebot der öffentlichen Verwaltung noch stärker und zielgerichteter auf die Bedürfnisse der Kundschaft ausgerichtet werden.*
- ◆ *WoV fordert/fördert erhöhtes Verantwortungs-, Kosten- und Qualitätsbewusstsein.*
- ◆ *WoV bedeutet Ablösung der detaillierten Budgetvorgaben durch Globalbudgets und Leistungsauftrag. Zur Zielerreichung kann es zwischenzeitlich nötig sein, den Mitteleinsatz zu verändern, was im Rahmen des Globalbudgets möglich ist.*
- ◆ *Unternehmerisch heisst nicht nur gewinnstrebend in Franken, sondern auch gemeinsinnstrebend. Verbesserungen von Leistungen variieren im Einsatz von Mitteln zur Erreichung eines Zieles.*
- ◆ *WoV ermöglicht zusätzliche betriebliche Entscheidungsmöglichkeiten/Spielräume, wie situationsgerechter Mitteleinsatz, und erhöht damit die Flexibilität.*

Von all dem sehe ich auf Seite 11 nichts mehr.“

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

Beginnt seine Ausführungen zu der von Kurt Zubler und Martin Egger gestellten Frage der Effizienz bezüglich OptiHeim als Qualitätsinstrument im Altersheim Steig. Der Heimreferent äussert eigene Zweifel an der Aussagekraft dieser Analyse und bemängelt den fehlenden Zeithorizont für Verbesserungsvorschläge. Die dringend notwendigen Massnahmen werden daher vom Stadtrat veranlasst, sodass bei der nächsten Kontrolle in einem Jahr die Qualität gesichert sein wird.

Im Zusammenhang mit der WoV-Fondseinlage erklärt der Heimreferent, dass – stark vereinfacht dargestellt – nur diejenigen Produktgruppen, die erfolgreich gearbeitet haben, berücksichtigt werden, während die nur schwer beeinflussbaren Faktoren nicht miteinbezogen werden. Auf weitere Details des komplizierten Beurteilungssystems für WoV-Fondseinlagen verzichtet der Stadtrat.

In Beantwortung der von Lotti Winzeler und Ernst Spengler aufgeworfenen Frage nach der Herkunft der Mindereinnahmen von Fr. 330'000.-- im Altersheim Steig verweist der Stadtrat auf Seite 07, Bemerkungen über Nachtragskredite.

Die geringere Belegung von Fr. 130'000.-- ist durch die Ablehnung des vom Heimleiter vorgeschlagenen Pflegekonzeptes entstanden, das massive bauliche Investitionen zur Umwandlung von Zweier- in Einer-Pflegezimmer für rüstige Bewohnerinnen und Bewohner beinhaltete. Der Stadtrat sieht vor, aufgrund der Resultate des Workshops „Altersvisionen“, die Angebote in den städtischen Heimen generell zu überprüfen. Um den Mindereinnahmen in der Belegung des Altersheims Steig entgegenzuwirken, sind allerdings bereits im Budget 2005 dringend notwendige bauliche Mindestinvestitionen für Einer-Pflegezimmer eingesetzt worden.

Kurt Zubler (SP) und Lotti Winzeler (OeBS)

Voten

Gehen erneut kritisch auf die vom Stadtrat Urs Hunziker dargelegten Erklärungen hinsichtlich fehlender Kommentierung der Unterqualitätsmassnahmen und der Gründe für die Minderbelegung im Altersheim Steig ein.

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

Stellt eine Verbesserung der Kommentare in den WoV-Jahresberichten in Aussicht und weist nochmals daraufhin, dass die Gründe für den drastischen Rückgang in der Belegung im Altersheim Steig sehr komplex und vielschichtig sind.

Stadtpräsident Marcel Wenger

Stellungnahme

Fasst zusammen, dass der Stadtrat in Sachen aussagekräftigere WoV-Berichte Verbesserungen vornehmen muss und sichert diese zu. Er bezieht sich anschliessend auf den von Martin Egger angesprochenen Zeitpunkt des Einsatzes vom Steuerungsausschuss. Aufgrund der dem Stadtrat für die eigene Verwaltungsreform (Leistungsbereiche und Führungsstrukturen straffen) zur Verfügung stehenden Pensen und der enormen Arbeitsbelastung durch die verschiedentlich erwähnten Reformprojekte, vor allem „sh.auf“, ist der ursprünglich vorgesehene Zeitplan unter massiven Druck geraten.

„Wenn wir nicht wollen, dass die Stadt in diesem Projekt unter die Räder kommt, hat „sh.auf“ für den Stadtrat eine absolut prioritäre Bedeutung. „sh.auf“ wird am 21. Juni 2004 im Steuerungsausschuss entscheiden, wie die Konvergenz der Projekte Aufgabenteilung, Zentrumslasten, Finanzausgleich, Finanzströme und –strukturen, in einer Vorlage an den Grossen Rat verabschiedet werden soll.“

Es ist vorgesehen, den Steuerungsausschuss nach den Sommerferien in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Esther Bänziger (SP)

Votum

Teilt die Meinung, dass die Hauptaufgabe des WoV-Steuerungsausschusses darin besteht, dafür zu sorgen, dass aussagekräftige WoV-Berichte dem Parlament vorgelegt werden können.

Erwin Sutter (EDU)

Votum zu Seite 38

Bezieht sich auf die Leistungsindikatoren periodengerechte Veranlagung, und stellt fest, dass für das Steuerjahr 2001 noch ca. 3'000 Steuerpflichtige und für 2002 rund 9'000 Steuerpflichtige auf die definitive Veranlagung warten. Es wird ein Fehlbetrag

gegenüber dem Budget von Fr. 4 Mio ausgewiesen. Das Leistungsziel ist mit 60% nicht erreicht und muss im Jahre 2005 deutlich verbessert werden.

SR Veronika Heller

Votum

Das Problem ist erkannt, laufend in Bearbeitung und die GPK entsprechend informiert. In Anbetracht der Nachwirkungen der Steuergesetzrevision war das zu erreichende Ziel mit 75% wohl zu hoch angesetzt. Der genannte Fehlbetrag von Fr. 4 Mio ist nicht allein mit den ausstehenden definitiven Veranlagungen erklärbar.

Damit ist der Leistungsauftrag Pilotabteilungen, Jahresbericht 2003, Stadt Schaffhausen, durchberaten.

Es folgt die Beratung der Rechnung gemäss gelbem Buch.

IV. Laufende Rechnung ab Seite 15

Seite 45 Pos. 2195.309.004 Weiterbildung Hauswart/in Fr. 1'375.80
Iren Eichenberger (OeBS) macht dazu eine grundsätzliche Bemerkung. Es sollte vermehrt der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Schulhausabwarte im Zusammenhang mit dem immer mehr von Gewalt und Aggressionen geprägten Schulbetrieb Unterstützung in ihrer Arbeit in Form von Weiterbildung/Kursbesuchen erhalten.

SR Urs Hunziker weist darauf hin, dass diese Position im Voranschlag 2003 mit Fr. 5'500.-- zu hoch budgetiert wurde und sich bisher nur auf Ausbildungsunterstützung für technische Belange beschränkte.

Bernhard Egli (OeBS) bittet darum, dass in Zukunft generell im gelben Buch der Jahresrechnung bei denjenigen Positionen, die einen Kommentar haben, ein * (Stern) angefügt wird. Die Anregung wird von **SR Veronika Heller** entgegengenommen.

Josef Eugster (SVP) meldet sich allgemein zum Thema Sozialhilfe ohne sich auf ein bestimmtes Konto zu beziehen. Er schildert einen ihm persönlich bekannten, wahrscheinlich missbräuchlichen Fall einer Familie mit Sozialhilfeunterstützung.

SR Thomas Feurer bietet Josef Eugster und auch dem Parlament an, jederzeit für persönlichen Kontakt zur Verfügung zu stehen und signalisiert damit seine Diskussionsbereitschaft, die zur Aufklärung konkreter, eventuell missbräuchlicher Fälle beitragen soll.

Seite 112 Pos. 9410.424.202 Übertrag der SASAG-Aktien Fr. 2'624'900.00
Hans Peter Huber (SVP) stellt den Antrag, den Übertrag der SASAG-Aktien nicht in die laufende Rechnung zu vollziehen, sondern zur Schuldentilgung zu verwenden.

Der **Stadtpräsident Marcel Wenger** bittet die Ratsmitglieder, nicht auf diesen Antrag einzugehen.

Edgar Mittler (FDP) und **SR Veronika Heller** schliessen sich der Meinung vom Stadtpräsidenten an.

Esther Bänziger (SP) wirft anschliessend dem GPK-Präsidenten, Alfred Zollinger, vor, dass der von Hans Peter Huber gestellte Antrag nicht in einer Ratssitzung, sondern vorher innerhalb der GPK hätte diskutiert werden müssen.

GPK-Präsident, Alfred Zollinger, weist diesen Vorwurf zurück. Jedes Ratsmitglied hat das Recht, einen Antrag zu stellen.

Christian Meister (SVP) wehrt sich generell gegen die Tatsache, dass, wie schon verschiedentlich in früheren Jahren, auch die Rechnung 2003 durch eine ausserordentliche Transaktion beschönigt werden soll.

Hans Peter Huber (SVP) bekräftigt, dass er an seinem Antrag festhalten will.

Der **Ratspräsident** erteilt **Thomas Jaquet**, Leiter der Zentralverwaltung, das Wort.

Erklärung von Thomas Jaquet:

Die SASAG-Aktien sind aus den Aktiven der Stadtbuchhaltung in die Aktiven der Buchhaltung der Städtischen Werke übertragen worden. Deshalb haben die Städtischen Werke der Stadt einen entsprechenden Betrag überwiesen. Daraus ergibt sich zwingend folgende Buchung: Bank an Ertrag aus Wertschriftenverkauf (Konto der Investitionsrechnung).

Per 31.12.2003 wird die Investitionsrechnung abgeschlossen und auf die Aktiven übertragen. Im Falle der SASAG-Aktien entstand dadurch ein Minus, weil der überwiesene Betrag der Werke höher war als der Buchwert der SASAG-Aktien. Dieses Minus muss als Buchgewinn in der laufenden Rechnung ausgewiesen werden bzw. das Minus muss aufgelöst werden.

Eine Schuldenreduktion mit Buchgewinnen ist nicht möglich, weil Schuldentilgungen nur mit Überweisungen von Geld vorgenommen werden können.

Per Ende 2003 war eine derartige Rückzahlung gar nicht möglich, weil das Gesamtergebnis der Jahresrechnung (Finanzierungsfehlbetrag) Fr. 11 Mio betrug. Damit ist klar, dass, trotz des Verkaufes der SASAG-Aktien, kein Geld für Schuldenrückzahlungen vorhanden war.

Artikel 17 des Kantonalen Finanzhaushaltgesetzes hält zudem fest, dass die laufende Rechnung den Aufwand und den Ertrag einer Rechnungsperiode beinhalten muss. Nur das Ergebnis der laufenden Rechnung kann das Eigenkapital verändern. Direkte Buchungen sind daher nicht möglich. Derartige direkte Buchungen in der Bilanz würden den Ansprüchen der Transparenz nicht entsprechen.

Hans Peter Huber (SVP) zieht in der Folge seinen Antrag zurück.

V. Investitionsrechnung ab Seite 115

Seite 122 Pos. 214.503.295 Musikschule Rosengasse, Sanierung Fr. 109'976.00
Theresa Derksen (CVP) bittet um Erklärung dieses Betrages.

SR Urs Hunziker führt aus, dass dieser Betrag bereits im Voranschlag 2002 für den Einbau eines Band- und Schlagzeugraumes budgetiert wurde. Die Realisierung fand jedoch erst 2003 statt.

Seite 129 Pos. 721.506.100 Anschaffung Fahrzeuge Fr. 329'955.40
Susanne Günter (FDP) bittet um Erklärung dieses Betrages.

SR Kurt Schönberger erklärt, dass auch dieser Betrag bereits im Voranschlag 2002 budgetiert wurde, aber die Realisierung erst 2003 stattfand.

VI. Verpflichtungskredit-Kontrolle ab Seite 133

Seite 141 Pos. 790.503.743 Projektierungskredit
 Brückenkopf Rheinufer Fr. 180'000.00
Iren Eichenberger (OeBS) möchte wissen, warum dieser Betrag nicht ausgeschöpft wurde.

SR Kurt Schönberger informiert die Ratsmitglieder, dass der Stadtrat beschlossen hat, im Moment aus finanziellen Gründen keine Aktivitäten zu unternehmen. Das Projekt ist zur Zeit aufgeschoben. Es wurden sog. sanfte Sanierungen im Form von Pflanzenkübeln vorgenommen. Es ist auch nicht vorgesehen, die Architektengruppe zu finanzieren.

Seite 141 Pos. 942.703.102 Stadthausgeviert
 Sanierung ehem. Klosterbauten Fr. 120'000.00
Bernard Egli (OeBS) erkundigt sich nach dem Timing für die Umbau- bzw. Einbauvorbereitungen im neuen Standort der Signalisationsabteilung.

SR Veronika Heller erklärt, dass der Umzug auf Januar 2005 geplant ist und keine grösseren Umbauvorbereitungen getroffen werden müssen.

VII. Spezialfinanzierungen	-	keine Wortmeldungen
VIII. Stiftungen und Legate	-	keine Wortmeldungen
IX. Spezialverwaltungen	-	keine Wortmeldungen
X. Stiftung Impuls	-	keine Wortmeldungen
XI. Sonderschulen	-	keine Wortmeldungen
XII. Betriebe	-	keine Wortmeldungen

Erwin Sutter (EDU) stellt generell fest, dass eine Jahresrechnung seines Erachtens eine relativ grosse „Manipuliermasse“ darstellt und bezieht sich in seinen Ausführungen auf die drei Werke. In 2003 wurde ein Betrag von Fr. 1,7 Mio als

Fondszuweisung budgetiert, tatsächlich sind Fr. 4,6 Mio einbezahlt worden. Als Ablieferung an die Stadtkasse sind Fr. 3,8 Mio budgetiert worden. Es sind nur Fr. 2,3 Mio als „Effektive Einnahmenanteile“ gutgeschrieben worden.

Stadtpräsident Marcel Wenger hält fest, dass dieses Geld als Vermögensbestandteil betrachtet werden muss, während die Rückstellungen zweckgebunden als eine Art „Stille Reserve“ im Vermögen der Werke gebunden sind. Daher ist die „Manipuliermasse“ nicht wie gemeinhin angenommen gross, sondern eher klein.

SR Veronika Heller legt Wert auf die Feststellung, dass die Einnahmen in der laufenden Rechnung der Stadt auf den Franken genau dem Budget entsprechen.

- | | | |
|-------------|--|----------------------------|
| I. | Bestandesrechnung der allg. Stadtverwaltung | - keine Wortmeldung |
| II. | Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung | - keine Wortmeldung |
| III. | Sachgruppenstatistik | - keine Wortmeldung |

- | | |
|--|----------------------------|
| Seiten I - XIII | - keine Wortmeldung |
| Seiten XV – XXV Grafiken und Kennzahlen | - keine Wortmeldung |

Antrag des SR Seite XXV

Rolf Amstad (SP), 1. Vizepräsident, verliest den Antrag:

1. Die vorliegende Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag – so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat genehmigt in der Schlussabstimmung mit **37 : 0 Stimmen**:

- a) Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV, Jahresbericht 2003, Stadt Schaffhausen.
- b) Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und Antrag des Stadtrates.
 1. Die vorliegende Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

Der **Ratspräsident** stellt noch den **Geschäftsbericht des Stadtrates 2003** zur Diskussion.

Edgar Mittler (FDP)

Votum

„An der Grossen Stadtratssitzung vom 30.03.2004 wollte ich unter dem Traktandum „Bericht über die hängigen Motionen“ Auskunft über den Stand meiner Motion „City-Card“. Damals wurde von Peter Käppler gefordert, die Diskussion abzubrechen, da dieses Geschäft nicht auf der Traktandenliste figuriere. Der richtige Ort für solche Diskussionen sei die Rechnungsdebatte, wo jeweils auch der Geschäftsbericht des SR zur Diskussion stehe. Also gebe ich heute nochmals das gleiche Votum ab:

Am 17. September 2002 wurde die von mir eingereichte Motion betr. Einführung einer City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser mit 33 : 3 Stimmen an den SR überwiesen. Ich habe Ihnen dannzumal vorgerechnet, dass die Stadt Schaffhausen mit der City-Card zusätzliche Einnahmen von Fr. 500'000.-- bis Fr. 600'000.-- generieren könnte. Im Namen des SR bat mich dann der Stadtpräsident, den Motionstext abzuschwächen und ihm für die Umsetzung mehr Zeit einzuräumen. Seine Begründung lautete wie folgt: "Würde die Motion zum heutigen Zeitpunkt mit unverändertem Text überwiesen, könnte man sich bei unseren "Freunden des Kantons" auf den Standpunkt stellen, die Stadt würde das Problem der Zentrumslasten jetzt autonom lösen, weshalb die weitere Verfolgung des öffentlich-rechtlichen Weges nicht mehr dringlich sei" und weiter "Bei unbefriedigender Entwicklung des Reformvorhabens könnte die Einführung einer City-Card mit parlamentarischem Auftrag der längst fälligen Besserstellung der Stadt hilfreich sein.

Mit Genugtuung habe ich dann im letzten Sommer zur Kenntnis genommen, dass die Stadt mit diesem Dossier eine junge Studentin beauftragt hat, die mit mir in der Folge auch ein ausführliches Interview geführt hat. Seit diesem Zeitpunkt herrscht allerdings Schweigen.

Ich möchte deshalb den Stadtrat anfragen, bis wann das Parlament mit einer Vorlage betr. Einführung der City-Card rechnen darf. Meine Befürchtungen - damals wie heute - sind nämlich die gleichen: Projekte wie „sh.auf“, Abgeltung von Zentrumsleistungen/Lastenausgleich dauern und dauern, und in der Zwischenzeit geht uns alljährlich eine halbe Million Franken "bachab", auf die wir dringend angewiesen sind.

Ich danke dem SR für eine kurze Stellungnahme und bitte ihn aber schon im voraus, gleichzeitig mit den laufenden Projekten das Thema "Einführung einer City-Card" dringlich zu behandeln.

Stadtpräsident Marcel Wenger kommt nochmals auf die enorme Arbeitsbelastung durch die anstehenden Reformprojekte zu sprechen, die zwangsläufig zu einer anderweitigen Priorisierung im Zusammenhang mit hängigen Projekten führt.

Hier ist der **Geschäftsbericht des Stadtrates 2003** besprochen.

Walter Hotz (FDP), Ratspräsident, verliest das Rücktrittsschreiben von Werner Schlatter (SVP) aus dem Grossen Stadtrat:

Schaffhausen, 15. Juni 2004

Betrifft: Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit diesem Schreiben reiche ich meinen Rücktritt als Mitglied des Grossen Stadtrates auf den 30.06.2004 ein. Meine berufliche Belastung zwingt mich zu diesem Schritt. Aus demselben Grund trete ich auch aus dem Vorstand des Quartiervereins Buchthalen zurück. In meiner Ratszeit durfte ich viele interessante und lehrreiche Debatten miterleben.

Für die restliche Amtszeit wünsche ich allen Ratsmitgliedern Verständnis für Andersdenkende und weiterhin viel Freude in Ihrem politischen Amt.

Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Werner Schlatter

Abschliessend erinnert **Walter Hotz (FDP)** die Anwesenden daran, dass am **29. Juni 2004 eine Doppelsitzung** stattfindet. Die Sitzung beginnt um 16.00 Uhr. Zwischen 18.00 Uhr und 19.00 Uhr findet eine Pause statt.

Hierauf schloss der Ratspräsident die heutige Sitzung.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 29. Juni 2004, 16.00 Uhr